

**Pressekontakt:**

Matthias Wantia

Tel.: 0511 / 280 71 33

Mobil: 0172 / 424 20 41

Fax: 0511 / 280 71 25

E-Mail: [matthias.wantia@fdp.de](mailto:matthias.wantia@fdp.de)**Presseinformation**

Nr. 11/2011 - Hannover, den 18.10.2011

**Die FDP Niedersachsen im Internet:**[www.fdp-nds.de](http://www.fdp-nds.de)**Gero Hocker: Frauen fördern ohne Quote – Unternehmen müssen sich stärker bei Kinderbetreuung engagieren**

Hannover. Der kommissarische Generalsekretär der FDP Niedersachsen, Gero Hocker, hält die Ziele zur Frauenquote der Dax-Unternehmen für sinnvoll. „Es ist richtig, Frauen in den Unternehmen stärker zu fördern. Eine Quote ist aber definitiv der falsche Weg“, meint Hocker. „Der Staat darf den Unternehmerinnen und Unternehmern nicht vorschreiben, wen sie einstellen oder befördern möchten.“

„Die meisten Unternehmen in Deutschland haben das Potential der vielen hochqualifizierten Schul- und Hochschulabsolventinnen längst erkannt und werben aktiv um die Talente“, sagt Hocker. Der Fachkräftemangel werde diese Entwicklung in den nächsten Jahren noch verstärken. „Kein Unternehmen, das sich in einem immer stärkeren, häufig internationalen Wettbewerb beweisen muss, kann es sich leisten, auf Frauen zu verzichten, die gleich oder sogar höher qualifiziert sind als ihre männlichen Mitbewerber. Wir fördern Frauen in Wirtschaft und Gesellschaft am besten, wenn wir klar auf Leistungsorientierung in der Unternehmenskultur setzen.“ Eine Quote erschwere den vielen hart arbeitenden Frauen dagegen den beruflichen Alltag unnötig.

Die Diskussion um die Quote mache deutlich, dass bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch die Unternehmen in der Pflicht seien. „In den letzten Jahren haben wir in Niedersachsen überflüssige bürokratische Regelungen abgeschafft, die viele Betriebe bei der Einrichtung von Betriebskindergärten vor Ort behindert haben. Dadurch könnten flexible Betreuungsmöglichkeiten für die Familien entwickelt werden“, unterstreicht Hocker. Hier müsse der Staat die Vorgaben einhalten – aber auch die Unternehmen müssten sich schon aus eigenem Interesse an der Kinderbetreuung stärker beteiligen.

